Bericht des "Arbeitskreises Friedhöfe" bei der GALK und AKF

Im Berichtszeitraum fanden zwei Sitzungen statt. Am 6. November 2003 in Bremen und am 22. April 2004 in Mainz. Die nächste Sitzung wurde auf den 4. November 2004 in Remscheid terminiert.

Schwerpunktmäßig wurden folgende Themen behandelt:

Der Vorschlag, die Arbeitskreise der GALK und AKF zusammenzulegen, wurde beschlossen und umgesetzt.

Intensiv diskutiert wurde das Thema "Friedwald". In einzelnen Bundesländern, wie Saarland, Nordrhein-Westfalen und Hessen, sind diese in verschiedenen Kommunen bereits vorhanden. In anderen Bundesländern wird/wurde über die Einführung dieser Bestattungsform diskutiert. Der Arbeitskreis empfiehlt eine Ablehnung dieser Einrichtung, da diese Konkurrenz für die kommunalen Friedhöfe bedeutet. Andererseits wird empfohlen, ähnliche alternative Bestattungsformen im kommunalen Bereich anzubieten.

Ein weiteres Schwerpunktthema ist die Einführung des neuen Bestattungsgesetztes in Nordrhein-Westfalen, das zum 1. September 2003 in Kraft getreten ist. Da das Land keine Durchführungsverordnung erlassen hat, ist es jetzt Sache der einzelnen Kommunen, die Neuerungen des Gesetztes in die Praxis umzusetzen. Möglich ist jetzt unter anderem die Beisetzung ohne Sarg, die Anlagen von Aschestreuwiesen, Friedwäldern bzw. –hainen. Am Beispiel der Modalitäten bei der Ascheausstreuung wird sehr deutlich, wie viel Klärungsbedarf noch besteht und wie nötig konstruktive Lösungen sind. Die Friedhofsverwaltungen haben hier die Aufgabe, den Angehörigen Entscheidungshilfen zu geben. Mit den konkreten Auswirkungen des neuen Bestattungsrechts wird man sich in den nächsten Sitzungen beschäftigen. Zum neuen Ausbildungsberuf "Bestattungsfachkraft" wird den städtischen Friedhofsverwaltungen empfohlen, mindestens in Kooperation mit Bestattern Angebote dafür zu machen. In Zusammenarbeit mit Aeternitas soll ein brauchbarer Gebührenvergleich erarbeitet werden. Dazu wurde eine Unterarbeitsgruppe gebildet.

Für die Kommunen wird eine Empfehlungsliste über Grabstättenarten und deren Gestaltung vorbereitet. Damit soll einem stärker werdenden Privatisierungsdruck entgegengewirkt.